

## Buchbesprechungen

*Wolfgang Filc, Lothar Hübl und Rüdiger Pohl (Hrsg.): Herausforderungen der Wirtschaftspolitik. Festschrift zum 60. Geburtstag von Claus Köhler. Duncker & Humblot, Berlin 1988. 400 S. DM 164,-.*

Diese Festschrift enthält 21 Arbeiten, die in vier Bereiche untergliedert sind. Der erste Bereich zur „Finanzwirtschaft und monetären Steuerung“ bringt die folgenden sieben Arbeiten: *Karl-Heinz Berger* behandelt die Kooperation von Banken und Versicherungen und stellt die Frage, ob die Bank der Zukunft ein „Financial Supermarket“ wird, ob Banken von daher ihren Marktanteil besser mittels Konkurrenz oder mittels Kooperation mit Versicherungen halten können. Das strategische Gesamtkonzept (Sortimentsplanung, Versicherungsorganisation und Kooperationstypen) sowie juristische Fragen des unterschiedlichen Aufsichtsrechts für Banken und Versicherungen werden diskutiert. Die Tendenz zu Allfinanz-Sortimenten scheint noch nicht gebrochen zu sein. In Zukunft wird der Fachmann für finanzielle Leistungsbündel benötigt.

*Sonning Bredemeier* bespricht „Bankbetriebliche Risiken – Evaluierung und Steuerung –“. Er behandelt dabei die Bemühungen der Kreditinstitute, im gesamtbanklichen Zusammenhang ein zielbewußtes Risikomanagement aufzubauen. Dabei werden die Länder- und Währungsrisiken sowie die Risiken des gewerblichen Kreditgeschäfts, der Zinsänderungen und der neuen Finanzinnovationen behandelt. Er spricht sich für eine Steuerung der Gesamtrisiko-Position aus.

*Friedrich Geigant* und *Armin Rohde* diskutieren die „Multifunktionalität und Stabilität im Geld- und Kreditwesen“. Der intermediäre und der monetäre Auftrag der Banken und die Funktionen des Geldes im Universalbanksystem werden unter Berücksichtigung der Stabilitätsaspekte untersucht. Die Entwicklung der Gesamtgesellschaft kann als Störfaktor auf die Stabilität wirken. Kriterien der Bewertung der Banken können nicht auf einzelwirtschaftlichen Standings oder einzelnen typisch bankgeschäftlichen Aktivitäten beruhen, sondern müssen auch die Interdependenzen der Kreditinstitute mit der Gesamtwirtschaft berücksichtigen. Der Stabilität des Banksektors kommt zugute, daß besonders störanfällige Komponenten im Gesamtvolumen der Bankbilanz einer Universalbank untergehen, sie gegeneinander schwanken und im „Atmen“ der Bankbilanzen die entscheidende Symmetrie der Aktiva und Passiva gewahrt bleibt.

*Hans-Joachim Jarchow, Herbert Möller* und *Hans Bernhöft* präsentieren eine „Empirische Geldangebots-/Geldnachfrage-Analyse für die Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1973“. Mit der Freigabe des Dollarkurses wurden die währungspolitischen Voraussetzungen für eine wirksame Geldmengenkontrolle geschaffen, die bei Systemen stabiler Wechselkurse beeinträchtigt gewesen waren. Mitte der 70er Jahre wurden für die Feinsteuierung die Instrumente der Wertpapierpensionsgeschäfte sowie des Devisenswap und der Devisenpensionsgeschäfte intensiviert,

wodurch der Bundesbank auf instrumenteller Ebene eine striktere Kontrolle der Zentralbankgeldversorgung möglich war. Untersucht wird, ob der Wandel in den geldpolitischen Rahmenbedingungen Spuren im Geldschöpfungsprozeß hinterlassen hat. Überraschend wird festgestellt, daß nach 1973 keine signifikante Sollzinsabhängigkeit bei der Geldangebotsgleichung existiert. Für das Geldangebot haben sich, gegenüber dem Zeitraum fester Wechselkurse, bei flexiblen Wechselkursen qualitative Veränderungen ergeben. Bei der Geldnachfrage konnten keine qualitativen Änderungen festgestellt werden.

*Hans-Jürgen Krupp* fragt: „Ist das Wachstum des Produktionspotentials ein geeignetes Kriterium für die Geldpolitik?“ Er erörtert die Orientierung der Geldpolitik an der Potentialentwicklung und diskutiert, ob sie wachstumsgerecht ist. Es kommt nicht auf ein stetiges Wachstum der Geldmenge an, sondern auch auf eine Minderung der Schwankungen im Bereich von Zinssätzen und Wechselkursen. Die Orientierung am Potentialwachstum der Wirtschaft ist nicht unbestritten; bei einer Unterauslastung des Produktionspotentials muß die Geldmenge über die Wachstumsrate des Produktionspotentials steigen, damit bessere Kapazitätsauslastungen möglich sind. So wird die Frage aufgeworfen, ob es auf das tatsächliche oder das mögliche Potential ankommt. Dabei wird betont, daß bei der Potentialschätzung nicht nur der Faktor Kapital, sondern auch der Faktor Arbeit berücksichtigt werden soll. Kritisch ist bei diesem engagierten Beitrag einzuwenden, daß das Arbeitskräftepotential selbst äußerst heterogen ist, wodurch weitere Prognose-Probleme entstehen. Krupp stellt dar, daß sich das Arbeitskräftepotential zwar gesamtwirtschaftlich definieren läßt, aber dies auf einzelwirtschaftlicher oder sektoraler Ebene nicht möglich ist. Probleme, die der Strukturwandel zu Dienstleistungen hin mit sich bringt, müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Er betont, daß insbesondere in Zeiten kräftigen Strukturwandels Potentialberechnungen unsicher sind, so daß realwirtschaftliche Konsequenzen nicht darauf fußen sollen.

*Alois Oberhauser* behandelt „Änderungen in der Einkommensverteilung und Zinsbildung“. Seine Grundthese lautet, daß Verteilungsänderungen häufig Wirkungen haben, die Zinsänderungen zugeschrieben werden. Die beiden herrschenden Zinstheorien, die *Loanable Funds-Theorie* und die *Keynesianische Zinstheorie*, müssen durch eine *Kaldorianische Kreislauftheorie* der Verteilung ergänzt werden. Verteilungsvariationen können zu Zinssteigerungen führen, weil aus den Umverteilungsprozessen Preisniveausteigerungen folgen können, die durch die restriktive Geldpolitik zu bekämpfen sind. Dem Spekulationsmotiv kann heute kein entscheidendes Gewicht mehr für die Bestimmung der Geldnachfrage beigemessen werden. Es ist durch das Finanzierungsmotiv von *Keynes* zu ersetzen. Um realitätsbezogene Aussagen zu machen, muß die Zinstheorie Verteilungs-, Einkommens- und Zinsmechanismen zusammenführen.

*Rüdiger Pohl* umreißt sein Thema „Zum Informationsbedarf geldpolitischer Strategien“. Der Informationsbedarf einer mittelfristigen Orientierung an der Potentialentwicklung ist ebenso hoch wie der eines mehr prozeßpolitischen Eingriffs. Die Geldmengenverstetigung ist von daher keine „einfache Regel“. Eine verantwortliche Geldpolitik kann nicht auf dem Verstetigungspostulat aufbauen. Weitere Faktoren müssen bei der Wahl der Geldmengenstrategie berücksichtigt werden (z.B. ihre sozialen Kosten). Zielvorgaben für die Geldmenge sind auch deshalb problematisch, weil hierbei eine strenge Kausalität zwischen der Zielvariablen und der gesamtwirtschaftlichen Aktivität unterstellt wird, die nicht gesichert ist.

Im zweiten Teil werden Arbeiten zur Geld- und Kreditpolitik in der Bundesrepublik Deutschland zusammengefaßt. *Leonhard Gleske* behandelt „Die Geldmarktpolitik der Bundesbank – Erfahrungen und Probleme“. Er führt aus, daß die innere Preisstabilität von der Notenbank nicht als Ziel um des Ziels willen verfolgt wird, sondern daß die Realisierung der Preisstabilität Voraussetzung für ein befriedigendes und anhaltendes Wachstum und damit für eine hohe Beschäftigung ist. Dazu muß nach dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank die umlaufende Geldmenge richtig dosiert werden. Die deutsche Methode, Geld über Wechselkredit zu schaffen, ist jedoch aufwendiger als die bei anderen Notenbanken verfolgte Offenmarktpolitik.

*Dieter Hiss* und *Wolfgang Schröder* behandeln die „Geldmengenpolitik der Deutschen Bundesbank: Probleme der Steuerung und Interpretation“. Insbesondere betonen sie die Doppelrolle der terms of trade. Sie sprechen sich für eine Aufgabe des verkündigten Geldmengenziels aus, weil bei einer Verfehlung des Geldmengenziels die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik in Frage gestellt werden könnte.

*Karl-Heinz Ketterer* und *Rainer Vollmer* betiteln ihren Beitrag „Wie würden sich Zielvorgaben für das nominale Sozialprodukt auf den Konjunkturzyklus auswirken? – Einige Ergebnisse empirischer Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland“. Dabei stellen sie fest, daß eine strikte Preisregel zu stärkeren zyklischen Ausschlägen bei realem Wachstum und im Auslastungsgrad des Produktionspotentials führt als eine nominale BSP-Regel. Fragen der politischen Praktikabilität klammern sie aus. Unter dem Aspekt der Verringerung der Konjunkturzyklen stellt sich die nominale BSP-Regel als die beste dar.

*Norbert Kloten* behandelt „die Steuerung des Geldmarktes als Reflex monetärer Konzeptionen“. Er hinterfragt die Grundhypothese der Geldtheorie, daß über flexible Wechselkurse eine außenwirtschaftliche Absicherung möglich ist, so daß die Geldpolitik sich allein an binnenwirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten kann.

*Helmut Schlesinger* bespricht „Kontinuität in den Zielen, Wandel in den Methoden“. Er betont den Primat der Währungssicherung der Bundesbankpolitik und behandelt das mittlerweile aufgegebene Geldmengenziel der Zentralbankgeldmenge als Zwischenziel. Die Steuerung der Geldmenge über den Geldmarkt wird auf drei Ebenen untersucht: der Instrumentenebene, der Geldmarktebene und der Zwischenzielebene. Die Bedeutung des Pensionssatzes und der neueren geldpolitischen Konzeption wird behandelt. Er kommt zum Fazit, daß die Bundesbankpolitik bezüglich Strategie und Taktik größere Wandlungen durchgemacht hat. Für eine europäische Geldpolitik sind die deutschen geldpolitischen Lösungen übertragbar, insbesondere die Verankerung des Stabilitätsgebots in einem Gesetz, die nahezu verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Notenbank, die Formulierung von Geldmengenzielen, die Instrumente zur Steuerung der Geldmenge. Ihre Erfahrungen einer erfolgreichen Geldpolitik kann die Bundesrepublik in das europäische Konzept einbringen.

Der dritte Teil behandelt die internationale Einbindung der Wirtschaftspolitik. *Wolfgang Filc* erörtert die „Kooperation als Voraussetzung zur Stabilisierung des internationalen Währungssystems“. Zurückgehend auf die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, in welcher der internationale Handel reglementiert, dann kontingentiert und schließlich stranguliert wurde, spricht er sich für eine Kooperation der nationalen Politiken aus. Die Länder können durch Kooperation ebenso gut fahren wie im Gleichgewicht des gegenseitigen Mißtrauens. Die Kooperation ist Voraussetzung zur Stabilisierung des internationalen Währungssystems. So ist eine internationale

Abstimmung der Makropolitik, die an den Gütermärkten ansetzt, notwendig, vor allem im Bereich der Finanz- und Strukturpolitik. Devisenmarktinterventionen sind kein Ersatz für den Mangel an Kooperation der Wirtschaftspolitik.

Hier ist aber kritisch einzuwenden, daß Wirtschaftspolitik nicht nur Prozeßpolitik, sondern auch Ordnungspolitik beinhaltet. Notwendig ist demnach die Abstimmung über Regelmechanismen innerhalb eines Konzepts der internationalen Ordnungspolitik. Eine ständige Kooperation prozeßpolitischer Maßnahmen muß meines Erachtens destabilisierend wirken.

*Karl Häuser* schreibt einen interessanten Beitrag zu „Keynes und die Schuldenkrise“. Intensiv beschäftigt er sich mit *Keynes*‘ Arbeit über die ökonomischen Konsequenzen des Friedens (nach dem ersten Weltkrieg). Er analysiert die Überlegungen *Keynes* zum deutschen Reparationsproblem und zieht die Konsequenzen für die heutige internationale Verschuldung einiger Entwicklungsländer.

*Heiko Körner* behandelt „Interne Ursachen der Verschuldungsproblematik – Interessen, Strukturdefizite und Politikversagen in Entwicklungsländern“. Er betont die Wachstumsverluste und die Abnahme struktureller Anpassungsfähigkeit. Eine langfristig angelegte Politik zur Lösung des Verschuldungsproblems muß nicht nur auf den Stabilisierungswillen, sondern auch auf die Stabilisierungsfähigkeit der Länder eingehen. Als Ergänzung zu langfristigen Umstrukturierungsprogrammen für die Schuldnerländer sind Programme des „Institution Building“ notwendig, als flankierende Maßnahme zur Lösung des Verschuldungsproblems.

*Wilhelm Nölling* behandelt „Europawährung 2000? – Stand und Aussichten einer europäischen Währungsintegration“. In dieser Arbeit wird kurz die Entwicklung der monetären Zusammenarbeit in Europa dargestellt. Monetäre Integration ist kein Selbstzweck, sondern steht im Dienst der wirtschaftlichen und politischen Einigung. Auf dem Weg zur Währungsunion muß man Schritt für Schritt vorgehen und die erwarteten Resultate stets sorgfältig mit den tatsächlich erreichten vergleichen, immer auf der Hut vor auftretenden Nebenwirkungen. Man muß sich davor hüten, Reformen von solcher Komplexität und Tragweite zu unternehmen, die es unmöglich machen, Ursachen und Wirkungen zu entwirren. Die Folgen solcher Reformen können nicht mehr eindeutig bewertet werden. Nölling spricht sich dafür aus, die innergemeinschaftliche Wechselkursstabilisierung durch eine außenwirtschaftliche zu ergänzen, damit starke Wechselkursausschläge eingedämmt werden, die zu Verzerrungen von Preisstrukturen führen und wegen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kosten verursachend für die Zunahme des Protektionismus sind. Die institutionelle Zusammenarbeit muß verbessert werden; aber nicht alles, was informell gut funktioniert, muß unverzüglich institutionalisiert werden.

*Reinhard Pohl* behandelt „Staatsdefizite und Zahlungsbilanz“. Er untersucht die verschiedenen Kausalitätsketten der politischen Wirtschaftsaussagen, wie „das hohe Staatsdefizit ist die Ursache des hohen Leistungsbilanzdefizits“, das auch umgekehrt gedeutet werden kann. So werden fundiert einige Kausalitätsketten in sechs Thesen abgehandelt. Damit möchte er eine Warntafel aufstellen, um zu zeigen, daß bestimmte Konstellationen von Finanzierungssalden mit unterschiedlichen Konstellationen von Ausgaben und Einnahmen vereinbar sind. Zunahmen des Staats- und Leistungsbilanzdefizits können bei sinkendem und steigendem Sozialprodukt zustande kommen. Zwischen Saldenänderungen müssen eben keine Kausalbeziehungen bestehen. Leistungsbilanzsalden hängen auch von den Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte in den anderen Ländern ab.

Der vierte Teil behandelt „Wirtschaftspolitische Konzeptionen und Koordinierungsaufgaben“. *Werner Ehrlicher* diskutiert in einem interessanten Beitrag die „Wandlungen in den Konzepten der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik 1948 - 1986“. Er behandelt drei Perioden: die des hohen Wirtschaftswachstums von 1948 - 1967, die des verminderten Wachstums bei zunehmender Inflation von 1967 - 1975 und die der Konsolidierung bei niedrigem Wachstum ab 1976. Jeweils werden die Wirtschaftsentwicklung nachgezeichnet sowie die Strategien der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik untersucht. In der ersten Phase beobachten wir eine antizyklische Geldpolitik, die keynesianisch orientiert war und eine Finanzpolitik, die stabilitätspolitische Ziele nicht verfolgte. Sie war mehr wachstumspolitisch orientiert und verfolgte eine Einkommensumverteilung. Grundlage der Finanzpolitik war die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Konzept der Neoklassik. In der zweiten Periode kommt es zur Cost-Push-Inflation. Wegen der mangelnden außenwirtschaftlichen Absicherung ist der Handlungsspielraum der Geldpolitik eingeschränkt. Die Geldpolitik bleibt antizyklisch. Auch die Finanzpolitik wird antizyklisch und folgt keynesianischen Grundsätzen. Trotz der regen konjunkturpolitischen Aktivität der zweiten Periode überrascht es, daß das als modernstes und bestes Stabilitätsgesetz der Welt gelobte „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ nie Anwendung fand. Die neunjährige antizyklische Weltfinanzpolitik kann kaum als positiv bewertet werden. In der dritten Periode verfolgt die Geldpolitik ein Geldmengenziel, die Finanzpolitik ist längerfristig orientiert und die Lohnpolitik beschäftigungsorientiert.

*Werner Glastetter* spricht sich für „mehr Wachstum für mehr Beschäftigung – zur Begründung und Relativierung einer gängigen These“ aus. Allerdings ist seine Analyse ein wenig apodiktisch. Zu kritisieren ist, daß makroökonomische Multikausalitäten nicht berücksichtigt werden. Es handelt sich hier oft um unbegründete Zahlen-spielereien.

*Lothar Hübl* gibt „Anmerkungen zur großräumigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland – Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik“. Dabei wird die wirtschaftliche Entwicklung der Nordstaaten mit denen Baden-Württembergs und Bayerns verglichen. Mit Hilfe der Theorie des Produktzyklus werden Wettbewerbsunterschiede herausgestellt. Es wird gezeigt, daß die norddeutschen Länder strukturbereinigt weniger FuE-Personal einsetzen als Bayern und Baden-Württemberg. Mit Hilfe einer Regionalisierung der Konjunkturpolitik soll schwächeren Regionen geholfen werden.

*Kurt Nemitz* diskutiert „Stabilitätspolitik und Konsensbildung“. Das Entscheidende der Wirtschaftspolitik ist nach Nemitz die Gesprächsbereitschaft. Diesem Beitrag fehlt sämtlicher ökonomischer Tiefgang. Eine Abkehr von der Maximierung und eine Hinwendung zur Optimierung des Sozialprodukts werden gefordert. Dieser Beitrag erinnert an Sprüche klopfen und gehört eigentlich nicht in diesen Band. Die Geldpolitik solle an einem konsensfördernden Klima der Wirtschaftspolitik interessiert sein. Mit solchen Worthülsen lassen sich kaum wirtschaftspolitische Maßnahmen entwerfen.

Das Buch endet mit einer Auswahl der Veröffentlichungen von *Claus Köhler*.

Naturgemäß ist es schwierig, ein solches Sammelwerk verschiedener Beiträge zu bewerten. Es ist hervorzuheben, daß die Herausgeber dennoch einen verhältnismäßig homogenen Band publiziert haben. Einige interessante Beiträge sind enthalten. Manche sind jedoch nur deskriptiv, andere erhellen den politischen und theoretischen Hintergrund einiger wirtschaftspolitischer Strategien.

Dieses Buch ist eine nette Geste für einen zu ehrenden Jubilar, der sich um die Geldpolitik verdient gemacht hat – große Impulse werden von diesem Werk allerdings nicht ausgehen. Es wird das Schicksal anderer Festschriften erleiden, weil manches zu sehr der Tagespolitik gewidmet und einiges heute schon überholt ist.

Werner Lachmann, Mainz

*Hanspeter Gondring*: Finanzmärkte im Wandel – Struktur- und Marktveränderungen im Finanzsystem der USA. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt 1989. 384 S. DM 49,80.

Das vorliegende Buch liefert einen Beitrag zum Verständnis von Struktur- und Marktveränderungen im US-amerikanischen Bankensystem. Strukturveränderungen werden im wesentlichen anhand der Lage der commercial banks (Geschäftsbanken) und Marktveränderungen am Beispiel des Privatkundengeschäfts (retail banking) analysiert. Damit bietet der Autor auch einen Erklärungshintergrund zur Entstehung verschiedener Finanzinnovationen. Von den vier erwähnten Hauptursachen (S. 292 f.) behandelt er zwei – nämlich staatliche Reglementierungen und Änderungen der Nachfragestruktur – sehr ausführlich, die Wettbewerbsdynamik häufig implizit und schließlich den technischen Wandel ganz knapp im Sinne einer gegebenen Rahmenbedingung. Dementsprechend gliedert sich die Studie in zwei Hauptteile: In den Kapiteln 2 und 3 (Strukturveränderungen) werden Entstehung und Wirkungen der Banken(de)regulierung untersucht, im 4. Kapitel (Marktveränderungen) Ursachen und Formen eines gewandelten Privatkundenverhaltens.

Recht detailliert erläutert *Gondring* in seinem 2. Kapitel die Rahmenbedingungen für commercial banks. Dabei geht er in einem besonders interessanten Teil auf die geschichtliche Entstehung der wesentlichen Bankgesetze ein und zeigt, wie grundlegendere Neuerungen immer erst als Antwort auf Krisen im Bankensystem zustande kamen. Weiterhin stellt er die heutigen Aufsichtsorgane, die wichtigsten Strukturelemente und die Hauptwettbewerber der commercial banks (nämlich banknahe und bankferne Finanzintermediäre) vor. Mit der so beschriebenen Sollstruktur ist die Grundlage geschaffen, im folgenden Kapitel 3 Abweichungen der gegenwärtigen Ist- von der Sollstruktur und Probleme der Bankengesetzgebung zu erklären.

Diese Abweichungen lassen sich als Ausweichreaktionen der Banken auf Eingriffe der Regulierungspolitik verstehen, die drei umstrittene Bereiche umfassen: Zinsobergrenzen (bis 1986), regionale Niederlassungsbeschränkungen und Produktbegrenzungen. *Gondring* zeigt auf, in welcher Weise Banken die geschäftspolitischen Fesseln zu lockern versuchten (Kreislauf regulativer Maßnahmen und Innovationen) und welchen Beitrag die Deregulierung seit Anfang der 80er Jahre leistete. Im Ergebnis hält er die Bezeichnung „Liberalisierung“ für angemessener als „Deregulierung“ („Propaganda“ S. 159). Denn im Kern wurde eine großzügigere Auslegung des gesetzlichen Rahmenwerkes zugelassen, und allein die Zinsobergrenzen fielen – wegen extrem wettbewerbsverzerrender Wirkungen – wirklich weg. Darüber hinaus sind die Vorschriften gewachsenes Stückwerk, das drei nebeneinander operierende Aufsichtsorgane für Geschäftsbanken vorsieht, diese vom Versicherungsgeschäft sowie überwiegend vom Wertpapiergeschäft fernhält (Trennbankensystem), die regionale Expansion (intra- sowie interstate banking) einer völlig uneinheitlichen Ländergesetzgebung überlässt und damit nach wie vor faktisch Anreize zum Markteintritt nicht-reglementierter Wettbewerber bietet.

Legt man die historischen Erfahrungen zugrunde, so würde vor allem eine Bankenkrise zu veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen führen. Von einer generellen Krise kann jedoch z. Zt. – wie gezeigt wird – trotz aller Probleme (Farmkredite, Entwicklungsländerengagements usw. S. 185 ff.) keine Rede sein. Weiterhin wäre zu fragen, ob nicht dieselben Faktoren (Kräfte), die eine vereinheitlichte, auf die heutigen Verhältnisse abgestimmte Gesetzgebung blockieren, im Falle einer ernsten Krise erneut – wie in den 30er Jahren (S. 23f.) – die Handlungsspielräume einengen wollten.

Nach der Strukturanalyse geht der Autor dann – ziemlich unverbunden – in Kapitel 4 auf Marktveränderungen im Privatkundengeschäft ein. Er beschreibt kulturelle, sozio-demographische und ökonomische Tendenzen, die das stärker nutzenoptimierende, kritischere Verhalten der Bankkunden begründen. Erfolgreiche Antworten der Banken darauf sieht *Gondring* in drei strategischen Rollen: Vollanbieter auf nationaler Ebene (Nutzung von Größenvorteilen und Eingehen auf die Bequemlichkeit von Kunden), Spezialist (maßgeschneiderte Problemlösungen, die weniger preissensitiv sind) und Discounter (Standardangebote zu Niedrigpreisen). Der letzte Abschnitt des Buches, in dem das Property-Rights-Theorem zur Erklärung der sich wandelnden Finanzmärkte eingesetzt wird (S. 261 ff.), bringt nichts wesentlich Neues mehr: Daß Bankleistungen typischerweise eine Kombination von Handlungsrechten umfassen und deshalb Marketingüberlegungen auf rentable Kombinationen auszurichten sind, lag bereits den strategischen Überlegungen zugrunde.

Insgesamt verführt die Fülle des Stoffes den Autor manchmal zu Aussagen, die eine ausführlichere Diskussion wert gewesen wären (z. B. hinsichtlich der Ursachen für Bankeninsolvenzen in der Weltwirtschaftskrise oder der erfolgreichen Strategien im Privatkundengeschäft). Sieht man es von der positiven Seite, dann bietet das Buch in der Tat vielfältige interessante Analysen. Dem einen ermöglichen sie, dem anderen vertiefen sie den Einblick in Veränderungen der US-Finanzmärkte und liefern nebenbei auch Anregungen für die bundesdeutschen Verhältnisse.

Lukas Menkhoff, Frankfurt/Main